

# LINKEZEITEN

## Editorial

Liebe GenossInnen,

ihr haltet die neue Ausgabe der LINKEZEITEN in den Händen. Sie soll zukünftig etwa alle zwei Monate jeweils zu den Mitgliederversammlungen erscheinen, zu den Veranstaltungen der LINKEN. Köln einladen, über unsere Aktivitäten informieren und dem politischen Meinungsaustausch dienen.

Wir freuen uns über Artikel, damit die LINKEZEITEN zu einem offenen Forum für die Mitglieder der LINKEN. Köln wird.

Viele Grüße, Hans Günter Bell

**Öff. Info-VA der LINKEN. Köln,  
15.01.08, 19:00 Uhr, in: N.N.**

Ob Vorratsdatenspeicherung oder überwachter Privat-PC: Die Bürger sollen kontrolliert werden. Der gläserne Bürger ist Realität geworden, „Big Brother“ Staat schaut unter der Überschrift „Abwehr von Terrormaßnahmen“ zu.

Wir werden diskutieren, wie Überwachungsgesetze auf die Demokratie wirken, wie man sich schützt, was zu tun ist.

Referent: Ralf Michalowsky, Pressesprecher „Die Linke. NRW“, und weitere angefragt.

Infos bei Peter Löwisch, Tel.: 0172 – 457 91 83.

### Impressum

Hg.: DIE LINKE. KÖLN.

Redaktion: K. Bozay, D. Hornung, J. Jikeli, A. Kostolnik, A. Link-Wilden, M. Nees, A. Recht, M. Zorn.

Layout: A. Recht, M. Zorn, J. Jikeli; Auflage: 650 Exemplare.

V. i. S. d. P.: Hans Günter Bell, c/o DIE LINKE. KÖLN, Metzger Straße 24, 50677 Köln.

Ausgabe # 3: Nov. / Dez. 2007

Mitgliederzeitung für **DIE LINKE.KÖLN**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

hiermit laden wir euch herzlich ein zur nächsten

## Kreismitgliederversammlung

Sie findet statt am:

**Dienstag, 04. Dezember 2007, 19:00 Uhr,  
Städtische Realschule, Neusser Straße 421,  
Köln-Nippes, KVB-Haltestelle „Neusser Str. / Gürtel“.**

Folgende Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Begrüßung, Wahl einer Versammlungsleitung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung, Wahl einer Mandatsprüfungs- und einer Zählkommission
3. Beschlussfassung einer Geschäfts- und einer Wahlordnung
4. Wahl einer Sprecherin
5. ggf. Wahl einer Beisitzerin
6. Wahl einer Revisionskommission
7. Information und Diskussion über den Bürgerhaushalt
8. Berichte
9. Anträge
10. Verschiedenes

Mit solidarischen Grüßen

Hans Günter Bell (Sprecher)  
Andrea Kostolnik (stellv. Sprecherin)  
Gisela Stahlhofen (stellv. Sprecherin)  
– für den Kreisvorstand –

Hinweis: Ein Artikel zum Thema „Bürgerhaushalt“, das auf unserer MV unter TOP 8 behandelt werden wird, findet sich auf Seite 6 f.

# „Öffentlich investieren statt privatisieren!“ Projekt # 1 der LINKEN. Köln ist gestartet

Von Alex Recht und Astrid Kraus

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist gestartet: das erste Projekt unserer Partei. Unter dem Titel „Öffentlich investieren statt investieren!“ möchten wir die Öffentlichkeit auf wichtige Forderungen unserer Partei aufmerksam machen:

*Erstens* muss die Eigentumsfrage aufs Neue gestellt werden! Wichtige gesellschaftliche Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wie Wohnen, Nah- und Fernverkehr, Energie, Bildung, Gesundheit uvm. dürfen nicht privatkapitalistisch angeboten werden. Unsere Forderung lautet daher: Privatisierung muss in diesen Bereichen verhindert werden. Und wo in der Vergangenheit privatisiert worden ist, gilt es diese rückgängig zu machen!

*Zweitens* brauchen wir öffentliche Investitionen! Diese sind notwendig zur Deckung öffentlichen Bedarfs bei der Daseinsvorsorge, nutzen der Bevölkerung, stabilisieren die Binnennachfrage und schaffen dadurch auch mehr Beschäftigung. Öffentliche Investitionen stellen somit eine wichtige linke Alternative zur neoliberalen Privatisierung dar.

Es ist daher sehr zu begrüßen, dass die Bundespartei eine Dachkampagne gegen Privatisierung unter dem Namen „Öffentlich, weil's wichtig ist!“ ausgerufen hat, siehe: <http://die-linke.de/politik/themen/oeffentlich/>.

Diese Kampagne bietet die Gelegenheit, unser Profil als Partei zu schärfen, die sich für bürgernahe, transparente öffentliche Daseinsvorsorge einsetzt und Versorgungssicherheit für alle gewährleistet.

Mit der Eigentumsfrage können wir die Debatte über längerfristige Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung anstoßen.

Es trifft sich also gut, dass die LINKE. Köln zeitgleich mit der Bun-

deskampagne ihr Projekt starten wird. Unsere Ziele und Vorhaben im Kölner Projekt sind:

1. Bildungs- und Schulungsarbeit
2. Programmatische Entwicklung
3. Aktionsorientierung
4. Veranstaltungen organisieren

Nachfolgend werden die Module des Projekts vorgestellt, zu deren Mitarbeit wir alle herzlich einladen.

## Seminar zur Grundlagenschulung

Samstag, 15. Dezember 2007, von 13:00 - 18:00 Uhr,  
Bürgerhaus Stollwerck, Dreikönigenstr. 11, Südstadt.

### Workshop 1 zum Thema „Warum ist ‚öffentlich‘ wichtig?“

- ⇒ Funktionen und Formen des Staates
- ⇒ Die öffentliche Hand als umkämpftes Feld
- ⇒ Argumentationsschulung zu frequently asked questions (FAQ)

### Workshop 2 zum Thema „Zukunftsprogramm für öff. Investitionen!“

- ⇒ Aufgabebereiche und Ausgabenhöhe der öffentlichen Investitionen
- ⇒ Finanzierungskonzeption der Investitionen

### Workshop 3 zum Thema „Öff. Rechtsformen und Betriebe in Köln“

- ⇒ Darstellung öffentlicher Rechtsformen; Schilderung der Probleme bei formeller und materieller Privatisierung
- ⇒ Bestehende öffentliche Betriebe und Unternehmen in Köln

Eine Anmeldung zum Seminar ist nicht zwingend, würde aber der Vorbereitungsgruppe helfen. Bitte meldet euch bei [a.recht@gmx.de](mailto:a.recht@gmx.de).

## Vorträge in unseren Ortsverbänden

Die Projektgruppe wird in allen fünf Ortsverbänden der LINKEN. Köln zur Notwendigkeit des Kampfes gegen Privatisierung und für öffentliche Investitionen referieren. Fest stehen bereits folgende Termine:

### Ortsverband Ehrenfeld, mit Alex Recht

Montag, 10. Dezember 2007, 19:30 Uhr,  
Büze Ehrenfeld, Venloer Str. 423, Eckzimmer, 1. Etage, Köln-Ehrenfeld.

### Ortsverband Lindenthal, mit Alex Recht

Dienstag, 08. Januar 2008, 19:30 Uhr,  
Saal des Rodizio BraZil, Luxemburger Str. 256, Köln-Sülz.

### Ortsverband Nord, mit Michael Weisenstein

Dienstag, 11. März 2008, 19:30 Uhr,  
Bezirksrathaus Chorweiler, Bürgersaal 1, Pariser Platz 1, K.-Chorweiler.

**Öffentlich!  
Weil's wichtig  
für alle ist.**

## Themenbezogene Projekt-AGen

Im Rahmen des Projekts soll auch die inhaltliche Programmatik unserer Partei weiterentwickelt werden. Zu diesem Zweck haben sich drei Projekt-AGen zusammengefunden, die zu den drei Themenkomplexen „Wohnungspolitik“, „Energiepolitik“ und „ÖPNV“ arbeiten werden.

Die Projekt-AGen sind für alle Mitglieder offen, über Mitarbeit freuen wir uns. Besondere Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Eingeladen sind alle, die sich intensiv für das jeweilige Thema interessieren und sich an der Erarbeitung von Positionen der Partei beteiligen möchten.

Die Termine der Projekt-AGen werden über die Mailinglisten und die Homepage angekündigt. Natürlich informieren wir euch auch gerne persönlich. Hier die nächsten Termine und Kontaktpersonen der AGen:

### AG 1 zum Thema „Wohnungspolitik“

Donnerstag, 06.12.07, 16:30 Uhr, Ratsfraktionssaal, Gülichplatz 3.  
Jörg Detjen; joerg.detjen@koeln.de  
Alexander Recht; a.recht@gmx.de; 0171 – 680 82 27

### AG 2 zum Thema „Energiepolitik“

Der nächste Termin und Ort werden noch bekannt gegeben.  
Astrid Kraus; astrid\_kraus\_k@web.de; 0221 – 680 37 70  
Ulla Lötzer; ulla.loetzer@wk.bundestag.de; 0221 – 608 69 26

### AG 3 zum Thema „ÖPNV“

Montag, 17.12.07, 19:00 Uhr, Parteibüro, Metzger Straße 24.  
Michael Weisenstein; weisensteinm@aol.com; 0175 – 418 58 76  
Wolfgang Lindweiler; wolfgang.lindweiler@web.de; 0177 – 434 91 52

## Projekt-Veranstaltungen

Wir richten für die Partei und die Öffentlichkeit Veranstaltungen aus:

### Infoveranstaltung zum Thema „Die neue Gemeindeordnung“, gemeinsam mit der Kölner Ratsfraktion und Partei

Mittwoch, 28. November 2007, 19:00 Uhr,  
Städtisches Rathaus, Spanischer Bau, Kardinal-Frings-Saal,  
Referenten: Wolfgang Uellenberg-von Dawen und Jörg Detjen.

### Wohnungspolitische Konferenz

Samstag, 09. Februar 2008, 13:00 – 18:00 Uhr,  
Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer Straße 58,  
zahlreiche ReferentInnen.

### Großveranstaltung zum Thema „Gegen Privatisierung – überall!“

Ende Februar 2008, 19:30 Uhr, Ort: N. N.  
Referenten: Jörg Huffs Schmid (angefragt), Ulla Lötzer und weitere

### Abschlussseminar des Projekts mit Vorstellung der Ergebnisse

April 2008, Datum, Uhrzeit und Ort: N. N.

## Projekt-Aktionen

Wir möchten Menschen vom Einsatz gegen Privatisierungen und für öffentliche Investitionen überzeugen. Geplant sind Aktionen im ganzen Stadtgebiet. Fest stehen diese Termine:

### Mülheim, am Wiener Platz

Samstag, 01.12.07, 11:00 Uhr,  
Kontakt: W. Lindweiler.

### Nippes, Neusser Straße, vor dem „Golde Kappes“

Freitag, 07.12.07, 15:30 Uhr,  
Kontakt: M. Weisens., A. Recht.

### Ehrenfeld, Venloer Straße, vor „Kaufland“

Samstag, 12.01.08, 10:30 Uhr,  
Kontakt: A. Kraus.

## Projektleitung

A. Kraus, 0221 – 680 37 70,  
astrid\_kraus\_k@web.de

W. Lindweiler, 0177 – 434 91 52,  
wolfgang.lindweiler@web.de

U. Lötzer, 0221 – 608 69 26,  
ulla.loetzer@wk.bundestag.de

A. Recht, 0171 – 680 82 27,  
a.recht@gmx.de

G. Stahlhofen, 0178 – 543 93 28,  
gisela@stahlhofen.net

M. Weisenst., 0175 – 418 58 76,  
weisensteinm@aol.com

## Links zum Thema

<http://www.die-linke-koeln.de/>

<http://die-linke.de/politik/themen/oeffentlich/>

<http://www.genuggespart.de/>

<http://privatisierungstoppen.deinebahn.de/channel/7.html>

# DIE LINKE. KÖLN

» gegen Privatisierungen!

» für öffentliche Investitionen!

# Kampagne „Kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten!“

Von Kemal Bozay

„Hier, wo ich lebe, will ich wählen – Kommunales Wahlrecht für Migranten!“ lautet eine neu gestartete Kampagne der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA NRW), von Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbänden. Die Kampagne hat zum Ziel, eine Initiative einzuleiten, damit auf Bundes- und Landesebene die Einführung des kommunalen Wahlrechts für ZuwanderInnen außerhalb der EU-Länder gewährleistet wird.

## Wahlrecht ausdehnen!

Fakt ist, dass MigrantInnen aus EU-Ländern schon seit längerem an den Kommunal- und EU-Wahlen teilnehmen dürfen. Im Rahmen dieser Kampagne sollen nun die Partizipationsrechte von MigrantInnen verteidigt und die Bundesregierung aufgefordert werden, die Zusage aus dem Koalitionsvertrag einzulösen und eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes hin zu einer Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle zu realisieren.

Das kommunale Wahlrecht ist gegenwärtig eine wichtige Grundla-

Zahl (in Mio.) der über 18-Jährigen in ausgewählten Ländern der EU (2000)

	Wohnbevölkerung gesamt	Staatsbürger	Nicht-EU-Bürger	EU-Bürger
Deutschland	65,92	60,60	3,8 (5,7%)	1,5 (2,5%)
Italien	46,92	46,55	0,3 (0,7%)	0,05 (0,1%)
Großbritannien	44,91	42,87	1,2 (2,8%)	0,8 (1,8%)
Frankreich	44,52	41,81	1,7 (3,8%)	1,00 (2,4%)
Spanien	31,71	31,36	0,2 (0,7%)	0,13 (0,4%)
Niederlande	12,18	11,61	0,37 (3,0%)	0,2 (1,6%)
Gesamte EU	295,10	281,45	9,0 (3,0%)	4,66 (1,6%)

Quelle: EUROSTAT

gen demokratischer Teilhabe. Es ermöglicht MigrantInnen, die seit mehr als drei Generationen ihren Lebensmittelpunkt in diesem Land und dieser Stadt haben, wichtige Teilhabe- und Mitbestimmungsrechte. Hinzu kommt, dass die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts auf kommunaler Ebene, wie sie in einigen EU-Ländern schon länger gängige Praxis ist, ein wichtiges Integrationssignal für das friedliche Miteinander aller Menschen bedeutet.

## Für mehr Teilhabe!

Die Linke. Köln sieht in der Ausdehnung des kommunalen Wahlrechts einen wichtigen Schritt gesellschaftlicher Teilhabe. Ziel muss es sein, die gleichberechtigte Mitbestimmung und Beteiligung sowie Anerkennung aller in dieser Stadt lebenden Menschen als Kölnerinnen und Kölner zu erreichen.

Integration heißt in diesem Sinne, allen Menschen – unabhängig von ihrer Nationalität – gleichermaßen Teilhabechancen zu bieten. Das bedeutet für uns: kommunales Wahlrecht, neue Rechte und mehr Einfluss auf die Kölner Kommunalpolitik. Als LINKE müssen wir darin den Schritt zur Aufhebung eines weiteren Demokratiedefizits sehen und klare Position für gleiche soziale und politische Rechte sowie demokratische Grundrechte vertreten.

## Aktiv in Köln werden!

In Köln wollen wir uns als DIE LINKE aktiv an dieser Kampagne beteiligen. Wir wollen uns gezielt auf Kreis- und Ortsebene mit Ständen, Veranstaltungen und anderen Aktivitäten für dieses Recht stark machen und auf die Straße gehen. Außerdem werden wir uns auch aktiv an der Unterschriftensammlung für das kommunale Wahlrecht beteiligen.



# Mindestlohn für Briefträger

Von Martin Nees

Wenige Wochen vor der geplanten endgültigen Liberalisierung des Briefmarktes ist ein heftiger Konflikt um Mindestlöhne in dieser Branche entbrannt.

Ver.di hat mit dem Arbeitgeberverband Postdienste (AGV) einen Mindestlohntarifvertrag vereinbart. Dieser sieht Mindestlöhne von 9 Euro im Osten und 9,80 Euro im Westen vor. Die Aufnahme der Branche „Postdienstleistungen“ in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und zugleich die Allgemeinverbindlicherklärung des abgeschlossenen Mindestlohntarifvertrags wurden beantragt. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass ein tariflicher Mindestlohn zu einem gesetzlichen, für alle Arbeitnehmer der Branche geltenden wird.

## Postkonkurrenten gegen den Mindestlohntarifvertrag

Diesen Tarifvertrag zu Fall zu bringen ist das Ziel von Konkurrenten der Post AG wie etwa der Pin Group, die u. a. dem Springerkonzern und TNT, der ehemaligen niederländischen Staatspost, gehört. Sie haben deshalb zusammen mit anderen Arbeitgebern einen konkurrierenden Arbeitgeberverband gegründet. Der Mindestlohn im Bereich der Briefzustellung soll mit allen Mitteln verhindert werden. Der Präsident des Verbandes verkündete die Gründung einer neuen Gewerkschaft für diese Branche in Konkurrenz zu ver.di. Auf „Anregung“ ihrer Arbeitgeber durften ca. 1.000 ArbeitnehmerInnen für ihre dort bezahlten Hungerlöhne, meist unter 6 €, demonstrieren und bekommen die aufgewandte Zeit als Arbeitszeit angerechnet und bezahlt.

Auch der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), CDU-MdB Reinhard Göhner, ist gegen den Mindestlohntarifvertrag und spricht von einem „Missbrauch des Tarifvertragsrechts“. Er würde nur für rund 4.500 Beschäftigte gelten. „Hier sollen die Arbeitsbedingungen einer kleinen Minderheit

einer großen Mehrheit aufgedrückt werden“, so Göhner. Hierbei handele es sich ordnungspolitisch um einen „dreisten Vorgang“, fügte der ehemalige Chef der Bundesanstalt für Arbeit Florian Gerster (SPD) hinzu. Gerster ist heute Präsident des konkurrierenden Arbeitgeberverbandes der Neuen Brief- und Zustelldienste. „Mindestlohn ja, aber kein Monopolschutzlohn“, sagte Gerster. Der vom Arbeitgeberverband Postdienste und von ver.di ausgehandelte Tarifvertrag werde aber auf einen Schlag 20.000 Arbeitsplätze bei den Wettbewerbern der Post vernichten.

Dagegen argumentierte Wolfhard Bender, Präsident des AGV. Käme der Mindestlohn über das Entsendegesetz nicht pünktlich zur Liberalisierung des Postmarktes Anfang 2008, werde es einen Verdrängungswettbewerb geben. Dieser könne allein bei der Post AG zu einem Verlust von 32.000 Arbeitsplätzen führen. Für bedenklich hält es Bender, dass die Konkurrenten der Post AG staatlich subventioniert würden. Die dort gezahlten Löhne müssen oftmals über Hartz-IV-Leistungen für betroffene ArbeitnehmerInnen aufgestockt werden.

## Voraussetzung für Allgemeinverbindlichkeit

Nach dem Entsendegesetz muss ein Tarifvertrag, damit er für „allgemeinverbindlich“ erklärt werden und einen Mindestlohn vorschreiben kann, mindestens 50 % der betroffenen KollegInnen umfassen. Deshalb wird jetzt eine erbitterte Debatte um die Anzahl der Beschäftigten der Post AG und ihrer Konkurrenten geführt. Vom Arbeitgeberverband der Neuen Brief- und

Zustelldienste wird behauptet, dass nach ihren Ermittlungen den 173.000 Beschäftigten bei der Post AG „mindestens 445.000 Beschäftigte“ im Wirtschaftszweig Post-, Zeitungs-, Paket- und Kurierdienste gegenüberstünden.

Diese Zahlen lassen sich mit den amtlichen Quellen nicht in Einklang bringen. Hiernach sind im Wirtschaftszweig „Private Post-, Zeitungs-, Paket- und Kurierdienste“ außerhalb der Deutschen Post AG nur 46.175 Arbeitnehmer mit Briefbeförderung beschäftigt. Damit ist das Quorum zugunsten der Post AG und des AGV deutlich übererfüllt. Der Mindestlohn müsste nun eigentlich Gesetz werden.

## Merkel gegen Mindestlohn, LINKE dafür!

Nun schlug sich aber auch Bundeskanzlerin Merkel auf die Seite jener, die durch Hartz IV subventionierte Hungerlöhne zahlen wollen. Ob der Mindestlohn im Postbereich kommt, ist deshalb wieder völlig offen. Deshalb darf DIE LINKE in ihrem Kampf für den Mindestlohn nicht nachlassen!

P. S.: Auch die Post AG ist nicht so unschuldig, wie sie sich darstellt. Sie drückt bei ihren Subunternehmen die Vergütungen oft auf ein Niveau, das sie bei Konkurrenten beklagt, und erhöht ständig den Leistungsdruck ihrer Postzusteller.



# Kölner Bürgerhaushalt: Macht er die Stadt gerechter?

Von Andrea Kostolnik

In Köln wird dieses Jahr zum ersten Mal ein Bürgerhaushalt durchgeführt. Bis zum 19. November konnte jeder Vorschläge machen, wie das Geld der Stadt für die Bereiche Straßen / Wege / Plätze, Grünflächen oder Sport ausgegeben werden soll. Mit 338 Mio. Euro umfassen diese drei Bereiche immerhin 11 % des Etats.

Die Vorschläge konnten bewertet werden. Aus jedem Bereich werden die 100 beliebtesten Vorschläge zu den Haushaltsberatungen im Rat eingebracht. Der Stadtrat kann diese einzeln ablehnen, muss aber jeweils begründen, warum er das tut. Sieht so direkte Demokratie aus, in der die Interessen der „kleinen Leute“ endlich gegenüber einflussreichen Lobbyinteressen zum Durchbruch kommen?

## Das brasilianische Porto Alegre: Sozialer durch Bürgerhaushalt

In der brasilianischen Metropole Porto Alegre haben sich die Lebensbedingungen in den ärmeren Viertel durch den Bürgerhaushalt tatsächlich geändert. Die Arbeiterpartei PT hatte die Bürgerbeteiligung 1989 mit dem erklärten Ziel eingeführt, öffentliche Investitionen zugunsten von benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen umzuverteilen.

Redebeitrag bei der Beratung zum  
Bürgerhaushalt in Porto Alegre



Abstimmung bei der Beratung eines Bürgerhaushalts in Brasilien

Das gelang. Menschen in den armen Stadtvierteln haben dadurch endlich eine gute Infrastruktur (Kanalisation, Wasser, Strom etc.) bekommen. Ihr Leben hat sich unmittelbar verbessert. Gut besuchte Stadtteilversammlungen werden von Basisinitiativen getragen. Sie stimmen darüber ab, welche öffentlichen Investitionen Priorität haben sollen. Der Diskussionsprozess über den Haushalt läuft das ganze Jahr.

Die Wirksamkeit der Bürgerbeteiligung führte zu einer steten Zunahme der TeilnehmerInnen bis zu über 100.000. In Köln gab es immerhin schon 28.000 Zugriffe auf die Internetseite.

In Porto Alegre hat der Bürgerhaushalt dazu geführt, dass nun auf einmal Gruppen die Lokalpolitik mitgestalten, die kaum Einfluss hatten: sozial Schwache, aber auch Frauen, die überdurchschnittlich stark in den Stadtteilversammlungen vertreten sind.

## Was der Bürgerhaushalt nicht kann

Am Kernproblem der Armut ändert der Bürgerhaushalt nichts. Er kann weder die Transferleistungen erhöhen noch Arbeitsplätze schaffen. Hier kann nur der Bund steuernd

eingreifen. Auch in Porto Alegre sind die Armen selbst nicht reicher geworden.

Für linke Anliegen wichtige Themenbereiche, etwa der Öffentliche Personennahverkehr, sind in Köln ausgenommen. Wasser, Strom und Straßen gibt es auch in ärmeren Stadtteilen. Gleichzeitig sind Straßen, Plätze und Grünflächen etwa in den Großsiedlungen in Chorweiler oft in einem schlechteren Zustand, anders als in den Veedeln der Besserverdienenden. Ein Fall für den Bürgerhaushalt?

## Alle können mitmachen! Können alle mitmachen?

Der Bürgerhaushalt scheint auf den ersten Blick offen und demokratisch zu sein. Nicht mal aus Köln muss man kommen, um einen Vorschlag zu unterbreiten. Doch niedrigschwellig ist die Teilnahme nicht. Vorschläge kann man zwar auch telefonisch oder per Post abgeben und bewerten, ansehen kann man sie allerdings nur im Internet.

Stadtteilversammlungen können dem abhelfen. In Berlin-Lichtenberg hat man damit gute Erfahrungen gemacht. In Bonn allerdings kamen zu den Stadtteilversammlungen nur die „üblichen Verdächtigen“.

Für Köln gab es nur eine zentrale Auftaktveranstaltung. Hier kann und muss nachgebessert werden.

Auch ist es wichtig, wo und wie man für Stadtteilversammlungen wirbt. Gerade Menschen, die es nicht gewohnt sind, ihre Interessen durchzusetzen, muss die Schwellenangst genommen werden. Die Stadt muss auch darüber nachdenken, über welche Kanäle sie ihre Einwohner über den Bürgerhaushalt informiert. Die städtische Internetseite und Tageszeitungen erreichen viele Gruppen nicht.

Positiv ist, dass der Bürgerhaushalt anscheinend gut organisierte Basisinteressen populär machen kann. So haben allein mindestens 35 Vorschläge der 150 beliebtesten zu „Sport“ einen direkten Bezug zum Erhalt der Stadtteilbäder. Ihre Umwandlung in Bürgerbäder auf dem Weg des Bürgerhaushaltes aufzuhalten ist jetzt wieder möglich.

In Köln wird es auch im nächsten Jahr einen Bürgerhaushalt geben. Erfahrungen aus 2007 werden dann ausgewertet vorliegen. Verfahren und Inhalte werden sich ändern.

DIE LINKE. muss versuchen, den Bürgerhaushalt zu einem schlagkräftigeren Instrument der direkten Demokratie zu formen. Viel stärker als bisher müssen sich die Interessen der sozial Schwachen, Diskriminierten und Ausgegrenzten in ihm wider finden. Mag sein, dass er diese Hoffnung nicht erfüllen kann. Darüber jetzt schon zu urteilen, heißt, eine Chance zu vergeben.

## Links zum Thema Bürgerhaushalt

<http://www.buergerhaushalt-europa.de/>

<http://www.buergerhaushalt.nrw.de/>

<http://www.stadt-koeln.de/buergerhaushalt>

<http://www.buergerhaushalt.de/>

<http://www.brangsch.de/partizipation/haushalt.htm>

# Mitgliederwerbung mit Gysi

Von Angelika Link-Wilden

Die Projektgruppe „Mitgliederwerbung“ geht mit einer Großveranstaltung mit Gregor Gysi in die nächste Phase ihrer Arbeit.

Geplant ist Gysis Besuch wie folgt:



## Gregor Gysi kommt!

am Montag, 17.03.2008,  
Aula der Uni Köln, Köln-Sülz.

Die Veranstaltung mit Gregor ist eine Plattform für Werbeaktivitäten verschiedenster Gliederungen der Partei. Nicht nur der Ortsverband Lindenthal und die Stadtteilgruppe Sülz werden diese Aktion zur eigenen „Werbung“ nutzen können, diese Veranstaltung ist eine prima Werbung für die ganze Partei. Sie muss deswegen auch besonders beworben werden. Unser Ziel:

**Mindestens 650 Kölner LINKE laden jeweils einen Kölner / eine Kölnerin persönlich ein.**

Wir werden in unserer Projektgruppe kreative Aktionsformen und Werbemittel für den Gysi-Abend entwickeln, anknüpfend an unsere bisherige Arbeit – erinnert sei an unsere Werbekarten, den Flyer „Hier ist DIE.LINKE.KÖLN“ und an diverse Straßenaktionen.

Zur Vorbereitung wollen wir uns mit VertreterInnen aller Parteigliederungen treffen:

**am Donnerstag, den 3. Januar,  
ab 19:30 im Parteibüro.**

Eingeladen sind Aktive aus den Ortsverbänden, des Jugend- und Studentenverbands und der Frauengruppe LISA.

Seit Beginn der Mitgliederwerbekampagne im März 07 hat die Projektgruppe auf zwei Feldern gearbeitet. Einerseits wird mit Aktionen wie Infoständen, Kinoabend und Karten-Verteilaktionen in Kneipen aktive Mitgliederwerbung gestaltet. Andererseits werden die vielen Interessenten und Neumitglieder mit politischen Veranstaltungen angesprochen; neuen Mitgliedern werden etwa Tagesseminare zum Kennenlernen angeboten.

Der Kreisverband führte auch Aktionen zur Mindestlohnkampagne, gegen die Privatisierung der LEG-Wohnungen etc. durch, und Ortsverbände haben eigene Infostände und Versammlungen veranstaltet.

Die Partei kommt langsam „in Aktion“, und das ist der richtige Weg – der Erfolg stellt sich ein:

Der Mitgliederzuwachs ist einfach nur positiv, wir haben von allen Kreisverbänden in NRW die höchste Zuwachsrates, und so liegt unser Ziel: 1.000 Mitglieder im Jahr 2009 in Köln, nicht mehr fern.

## Veranstaltungen im Mitgliederwerbeprojekt

Folgende Treffen des Projekts wird es in diesem Jahr noch geben:

**Treffen der PG mit Jahresausklang**  
Freitag, 07.12.07, 19:30 Uhr,  
Parteibüro, Metzger Str. 24, Südstadt.

**Veranstaltung, Thema „Mindestlohn“**  
Dienstag, 11.12.07, 19:30 Uhr,  
Parteibüro, Metzger Str. 24, Südstadt.

# Plurale Tätigkeitsgesellschaft

Von Jörg Gauder

In der Diskussion über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft wird seit geraumer Zeit die „plurale Tätigkeitsgesellschaft“ thematisiert. Was verbirgt sich dahinter, was ist Ausgangspunkt dieser Diskussion?

Die Arbeitsgesellschaft gelangt an technologische und ökologische Grenzen. Eine steigende Zahl an Indikatoren zeigt, dass Erwerbsarbeit mit ihren Normalarbeitszeitverhältnissen weder soziale Sicherheit noch personale Identitätsstiftung und gesellschaftlichen Zusammenhalt im bisherigen Ausmaß gewährleisten kann. Zu erkennen ist dies an der Abnahme tariflich und sozial ausreichender Beschäftigungsverhältnisse und an der Ausweitung geringfügiger, weder tariflich noch sozial ausreichend abgesicherter Beschäftigungsformen.

Eine Epoche geht also zu Ende: das Jahrhundert, das mit Bismarcks Sozialgesetzen begann und in dessen letztem Drittel für eine Generation tatsächlich die große Aufgabe gelöst schien, auf Grundlage der

Beteiligung an Erwerbsarbeit für die Mehrzahl der Menschen ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten.

Was tritt an die Stelle der auf Erwerbsarbeit zentrierten Gesellschaft? Ein Alternativmodell ist bei genereller Arbeitszeitverkürzung und -umverteilung die Fortentwicklung der Arbeits- in eine plurale Tätigkeitsgesellschaft, in der sich Menschen neben der geringer werdenden Erwerbsarbeit in gemeinwohlorientierten Feldern wie Familien-, Elternarbeit und ehrenamtlichen Tätigkeiten einsetzen.

Bei der pluralen Tätigkeitsgesellschaft lässt sich auch von einer „transformierten Erwerbsarbeitsgesellschaft“ sprechen. Sie würde nicht nur den Arbeitsmarkt und Sozialstaat entlasten, sondern auch zu gesellschaftlicher Aufwertung jener Tätigkeiten führen, die jenseits der Erwerbsarbeit liegen.

## Zeitwohlstand

Ein weiterer Faktor der pluralen Tätigkeitsgesellschaft ist Zeitwohlstand durch Arbeitszeitverkürzung.

Dieser könnte in selbstgewählte befriedigende und sinnstiftende Tätigkeiten eingebracht werden. Es geht um Befreiung von Erwerbsarbeit, um Weiterentwicklung individueller Verantwortung und um Zurückgewinnung individueller Zeithoheit bei Arbeits- und Lebenszeit.

Mit der pluralen Tätigkeitsgesellschaft eröffnen sich Optionen auf erweiterte Handlungsspielräume in allen Arbeits- und Lebensbereichen für beide Geschlechter. So böte sich bei Einführung die Chance, die einseitig auf Erwerbsarbeit begrenzten Lebensbereiche zu erweitern und Rollenbeschränkungen abzubauen: eine plurale Tätigkeitsgesellschaft könnte sich in familiären Lebenswelten und gesamtgesellschaftlich für beide Geschlechter als große Chance erweisen.

Aktuell geht es um eine Erweiterung der bisher einseitigen Fokussierung auf Erwerbsarbeit als unabdingbare Prämisse gesellschaftlicher Integration hin zur Anerkennung pluraler Arbeits- und Tätigkeitsformen, in denen jenseits der Erwerbsarbeit gesellschaftlich wertvolle Arbeit geleistet wird.

## Fazit

Die Struktur der pluralen Tätigkeitsgesellschaft ist längst vorhanden, wird aber durch die Dominanz der Arbeitsgesellschaft unterdrückt. Eine Umsetzung gelingt nur, wenn erkannt wird, dass die Krise der Arbeitssysteme nicht konjunktureller Art ist.

Dazu muss sich in den Köpfen der Menschen einiges ändern. Die Vorstellung, soziale Identität und Status würden nur über Berufarbeit und Karriere vermittelt, muss aufgebrochen und von der Erwerbsarbeit abgekoppelt werden.

Weiter gehört zur Umsetzung, für eine andere Logik und Moral der Sozialpolitik zu werben. Die plurale Tätigkeitsgesellschaft muss das Recht auf Einkommen in den Vordergrund politischer Bemühungen stellen. Eine bedarfsorientierte Mindestsicherung, die im Kern ein Recht auf ein diskontinuierliches Arbeitsleben beinhaltet, wäre ein wichtiger Reformschritt.

## Weitere Termine

### AK Jugend und Schule

Do., 29.11.07, 18:00 Uhr,  
Ratsfraktionssaal, Gülichplatz 3.

### Stände des OV Schäl Sick

Sa., 01.12.07, 11:00 Uhr,  
Kalk-Arcaden + Wiener Platz.

### MV des OV Innenstadt / R'kirchen

Sa., 01.12.07, 14:00 Uhr,  
DIDF-Büro, Mechtildisstr. 7.

### AK Stadtentwicklung

Do., 06.12.07, 16:30 Uhr,  
Ratsfraktionssaal, Gülichplatz 3.

### Frauenfrühstück von LISA. Köln

So, 08.12.07, 11:00 Uhr,  
Parteibüro, Metzger Str. 24.

### Frauengruppe LISA. Köln

Mo, 10.12.07, 18:30 Uhr,  
Parteibüro, Metzger Str. 24.

### Jahresabschlussfeier des OV Nord

Di., 11.12.07, 19:00 Uhr,  
Altenberger Hof, Mauenh. Str. 92.

### MV des OV Schäl Sick

Di., 11.12.07, 19:00 Uhr,  
Büze B'forst, Eulerstr. 11.

### Jahresabschlussfeier des OV L'thal

Do., 13.12.07, 19:30 Uhr,  
Juzi Sülz, Sülzburgstr. 112-118.

### Glühwein-Stand des OV L'thal

Sa., 15.12.07, 13:00 Uhr,  
vor Feinkost Z'mann, Sülzburgstr. 29.

### AK Hartz IV / Soziales

Do., 20.12.07, 19:30 Uhr,  
Ratsfraktionssaal, Gülichplatz 3.

### MV des OV Nord mit U. Lötzer, MdB

Di., 08.01.07, 19:00 Uhr,  
Bezirksrathaus Chorweiler, Saal 1.

### AK Jugend und Schule

Do., 17.01.08, 18:00 Uhr  
Ratsfraktionssaal, Gülichplatz 3.

### Parteibüro Metzger Str. 24, Öffn.-Zeit:

Mo., Di., Fr.: 11 – 16 Uhr;  
Mi.: 11 – 17 Uhr; Do.: 11 – 20 Uhr.